

Ortsgemeinde Kempfeld



Bebauungsplan zur Steuerung von Mobilfunkstandor- ten in der Gemarkung Kempfeld (mit den Teilgeltungsbereichen Mitte, Schule und Katzenloch)

**Begründung
und Umweltbericht**
gemäß § 2a und § 9 Abs. 8 BauGB

akp_ Stadtplanung + Regionalentwicklung

akp_ Brandt Höger Kunze Partnerschaft • Dipl.-Ing. Stadt- und Landschaftsplanung

adresse_ Friedrich-Ebert-Straße 153 • 34119 Kassel

telefon_ 0561.70048-68 **telefax_** -69 **e-mail_** post@akp-planung.de

hö/wu 05.09.12

Inhaltsverzeichnis

1	GRUNDLAGEN	3
1.1	Planungsziele	3
1.2	Erforderlichkeit der städtebaulichen Planung	4
1.3	Zulässigkeit der städtebaulichen Planung	7
1.4	Geltungsbereich	15
1.5	Bestand	15
1.6	Vorgaben und Rahmenbedingungen	15
2	STÄDTEBAULICHE PLANUNG	17
2.1	Konzeption der Bauleitplanung.....	17
2.2	Funktechnisch geeignete Flächen und Standorte für ortsfeste Mobilfunksendeanlagen.....	21
3	UMWELTBERICHT GEMÄß § 2 ABS. 4 I. V. M. § 2A SATZ 2 NR. 2 BAUGB UND DER ANLAGE ZUM BAUGB	22
3.1	Einleitung	22
3.2	Umweltauswirkungen	22
3.3	Verfahren und Monitoring	23
3.4	Zusammenfassung	24
4	ANLAGEN.....	25
	Standortgutachten des EMF-Instituts	
	Analysekarte	

1 Grundlagen

1.1 Planungsziele

Der Gemeinderat der Ortsgemeinde Kempfeld hat in seiner Sitzung am 20.12.2010 die Aufstellung des einfachen Bebauungsplans zur „Steuerung von Mobilfunkstandorten“ mit den Teilgeltungsbereichen Mitte, Schule und Katzenloch (hier: Neuaufstellung bisher unbeplanter Bereiche) beschlossen. Der Bebauungsplan dient dem Ziel, durch geeignete räumliche Zuordnung potentielle Konflikte zwischen Wohn- und anderen schutzbedürftigen Nutzungen einerseits sowie der Nutzung von gewerblichen Mobilfunksendeanlagen andererseits zu minimieren und zugleich Beeinträchtigungen des Ortsbildes zu begrenzen. Hierfür ist eine städtebauliche Lösung entwickelt worden, die die städtebaulichen Grundsätze des § 1 BauGB hinsichtlich einer dem Wohl der Allgemeinheit entsprechenden sozialgerechten Bodennutzung (Absatz 5, Satz 1), der allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse (Absatz 6, Nr. 1), der Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes (Absatz 6, Nr. 5) und der Belange des Umweltschutzes (Absatz 6, Nr. 7) ebenso berücksichtigt wie auch die Belange der Versorgung mit Telekommunikation und ihre Wirtschaftlichkeit (Absatz 6, Nr. 8).

Mobilfunksendeanlagen – gemeint sind hiermit immer ortsfeste Sendeanlagen – werden von der Rechtsprechung überwiegend als nicht störende gewerbliche Anlagen bewertet. Die Mobilfunkbetreiber, die gegenwärtig ein fast flächendeckendes GSM-Netz betreiben mussten gem. Versorgungsauftrag bis Ende 2005 die Versorgung mit dem zusätzlichen Mobilfunknetz UMTS für 50% der Bevölkerung aufbauen. Der Versorgungsauftrag für das neue LTE-Netz sieht zunächst die Schließung der sog. „weißen Flecken“ (Gemeinden ohne Breitbandanschluss) in ländlichen Regionen vor. Hier muss zunächst eine Versorgung von 90% dieser Gemeinden erreicht werden, bevor auch dichter besiedelte Gebiete erschlossen werden können. Kempfeld verfügt allerdings über einen Breitbandanschluss, so dass die Gemeinde Kempfeld nicht unter diese verpflichtenden Vorgaben fällt. Die Mobilfunkbetreiber müssen eine ausreichende Versorgungssicherheit für die Nutzer gewährleisten als auch ihre Anlagen möglichst wirtschaftlich betreiben können.

Dagegen sollen Bereiche, die dem Wohnen oder vorwiegend dem Wohnen dienen, sowie Nutzungen, die mit dem dauernden Aufenthalt (definiert als Aufenthalt für mehr als 4 Stunden am Tag) besonders sensibler Menschen wie z.B. Kindern oder Kranken verbunden sind, sowie daran angrenzende Bereiche von diesen gewerblichen Anlagen, die systembedingt elektromagnetische Wellen emittieren, frei gehalten werden. Die Gemeinde Kempfeld strebt hiermit die Erhaltung der Wohn- und Lebensqualität in den schutzbedürftigen Bereichen an. Hierbei hat sie den städtebaulichen Grundsatz für eine lebenswerte Umwelt hinsichtlich der allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohnverhältnisse gem. § 1 Abs. 6 BauGB ebenso zu berücksichtigen wie die Gestaltung des Orts- und Landschaftsbildes und die Vermeidung des Entstehens bodenrechtlicher Spannungen.

Der Bebauungsplan zielt (zusammen mit der Änderung der rechtskräftigen Bebauungspläne) somit auf eine Vermeidung bzw. weitest mögliche Minimierung städtebaulicher Konflikte, indem er die genannten gewerblichen Sendeanlagen geeigneten Flächen im Außenbereich zuordnet. Die für die Mobilfunkversorgung funktechnisch geprüften und für eine ausreichende flächendeckende Versorgung von Kempfeld geeigneten Bereiche werden gleichzeitig durch Aufstellung eines sachlichen Teilflächennutzungsplans durch die Verbandsgemeinde Herrstein als Positivflächen dargestellt.

1.2 Erforderlichkeit der städtebaulichen Planung

Die städtebauliche Relevanz von Mobilfunkanlagen wird in der Rechtsprechung grundsätzlich bejaht. (z.B. VGH Kassel, 29.6.1999, 4 TG 2118/99; BayVGH, 28.5.2001, M1 S 01.1794, 2.8.2007 - Az.: 1 BV 05.2105 und 9.9.2009 -Az. 1 CS 09.1292; BVerwG, 23.6.1993 – 4 B 7/93 und 7.5.2001-1BvR 383/05).

Das Bayrische Verwaltungsgericht München führt zur Frage der städtebaulichen Relevanz am konkreten Falle aus: „Städtebaulich relevant ist eine bauliche Anlage dann, wenn sie geeignet ist, ein Bedürfnis nach einer ihre Zulässigkeit regelnden verbindlichen Bauleitplanung hervorzurufen. Dies ist dann der Fall, wenn sie - auch und gerade in ihrer unterstellten Häufung - Belange erfasst oder berührt, die im Hinblick auf das grundsätzliche Gebot des § 1 Abs. 3 i.V.m. § 1 Abs. 5 BauGB auch städtebauliche Beachtung und Ordnung verlangen (vgl. BVerwG vom 31.8.1973, BVerwGE 44, 59; vom 3.12.1992, BVerwGE 91, 234). Dabei bedürfen einer Kontrolle und Lenkung gerade auch solche Vorgänge, die - mögen sie auch in sich noch nicht allzu bedeutsam sein – geeignet sind, eine bodenrechtlich unerwünschte Entwicklung in Gang zu setzen. Dagegen greift § 29 BauGB nicht erst dann ein, wenn die unerwünschte Entwicklung bereits eine gewisse Massierung angenommen hat und deshalb nur mit schon gesteigerten Schwierigkeiten bekämpft werden kann (vgl. BVerwG vom 1.11.1974 BauR 1975, 109). Insoweit erachtet die Kammer auch die streitgegenständliche Antenne mit einer Höhe von ca. 5,5 m als für die Gestaltung des Ortsbilds von Wohngebieten (vgl. § 1 Abs. 5 Satz 2 Nr. 4 BauGB) relevant. Solche Antennen, wie auch die streitgegenständliche Antenne, werden an erhöhter Stelle angebracht und fallen gerade aufgrund der in jüngster Zeit zu beobachtenden Häufung derartiger Anlagen bei der Betrachtung auf. Im vorliegenden Fall wird der optische Eindruck noch durch die zwischen dem Dachgiebel angebrachte Querverstrebung verstärkt. Im Übrigen ist bei der Prüfung der planungsrechtlichen Relevanz nicht nur auf die bauliche Anlage als solche, sondern auf das jeweilige Vorhaben in der ihm zugeordneten Funktion abzustellen (BVerwG vom 1.11.1974, a.a.O.). Insoweit sind jedoch - gerade wiederum aufgrund der infolge der starken Verbreitung des Mobilfunks zu beobachtenden Häufung von Sendeanlagen - auch die allgemeinen Anforderungen an gesunde Wohn- und Arbeitsverhältnisse einerseits (vgl. § 1 Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 BauGB) (jetzt § 1 Abs. 6, Nr. 1 BauGB) sowie die Belange des Fernmeldewesens andererseits (vgl. § 1 Abs. 5 Satz 2 Nr. 8 BauGB) (jetzt § 1 Abs. 6, Nr. 8 BauGB) im besonderen Maße betroffen. Die Kammer neigt daher zu der Auffassung, derartigen Sendeanlagen generell die Eignung, ein Bedürfnis nach Planung hervorzurufen, zuzusprechen.“ (BayrVerwG München, 1.8.2002, M 11 K 01.5934)

Das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung führt in seinen „Hinweisen und Empfehlungen zur baurechtlichen Beurteilung und Behandlung von Mobilfunkanlagen“ vom 31.1.2003 aus, dass in der Literatur als untere Schwelle der städtebaulichen Erheblichkeit eine Anlagenhöhe von 2 bis 3 Meter genannt werden („Jung, ZfBR 2001, S. 25; Gassner, NVwZ 1993, S. 1045“).

Der VGH Baden-Württemberg vertritt die Auffassung, dass in einem Bebauungsplangebiet die städtebauliche Relevanz nicht zu prüfen sei: „Dieses Erfordernis [einen Antrag für eine Ausnahme für eine Mobilfunkanlage stellen zu müssen] besteht - entgegen der Auffassung der Klägerin - unabhängig davon, ob die Mobilfunkanlage städtebauliche Relevanz besitzt und deshalb als Vorhaben i.S.d. § 29 Abs. 1 BauGB einzustufen ist. Denn der Bebauungsplan enthält als gemeindliche Satzung (§ 10 Abs. 1 BauGB) rechtsverbindliche Festsetzungen für die städtebauliche Ordnung (vgl. § 8 Abs. 1 S. 1 BauGB) und bedarf keiner „Gel-

tungsvermittlung“ durch Vorschriften des BauGB (BVerwG, Beschluss vom 4.3.1997 - 4 B 233.96 - NJW 1997, 2063 = PBauE § 12 BauNVO Nr. 5 m.w.N.).“ (VGH BW 8 S 2748/01)

Die städtebauliche Relevanz und damit das Erfordernis städtebaulicher Ordnung wird dabei umso augenfälliger, je gehäuft diese im Gemeindegebiet auftreten (vgl. BVerwG v. 03.12.1992, 4 C 27/91, BauR 1993, 315, bestätigend auch nochmals am 7.5.2001). Das BVerwG ging davon aus, dass eine Anlage im Sinne von § 29 Satz 1 BauGB dann vorliegt, wenn sie gem. § 1 Abs. 3 BauGB eine städtebauliche (=bauplanungsrechtliche) Relevanz besitzt. Eine solche ist anzunehmen, "wenn die Anlage geeignet ist, ein Bedürfnis nach einer ihre Zulässigkeit regelnden verbindlichen Bauleitplanung hervorzurufen". Dabei ist zwar auf das einzelne Vorhaben abzustellen. Die städtebauliche Relevanz erschließt sich jedoch vor allem auch dadurch, dass das Vorhaben "in seiner Typisierbarkeit zu betrachten ist". Es ist also zu fragen, ob die zu beurteilende Anlage eine städtebaulich relevante Entwicklung einleiten kann. Hierzu führt der BayVGH in seinem Beschluss vom 9.9.2009 (Az. 1 CS 09.1292) folgendes aus: „Nach dem Eindruck, den die vorlegten Fotografien von der weitgehend fertiggestellten Anlage (mit bereits montierten Antennen) geben, sind diese Voraussetzungen des bauplanungsrechtlichen Vorhabensbegriffs trotz der Höhe der Anlage von nur 2,50 m wohl schon deswegen zu bejahen, weil sich solche Anlagen – jedenfalls bei mehrfacher Ausführung – in bauplanungsrechtlich erheblicher Weise auf die Gestaltung des Ortsbildes (§ 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB) auswirken können. Auf den Fotografien wirkt die Anlage auf dem Dach des Bahnhofgebäudes schon für sich gesehen recht massiv. Ob das genügt, um eine bauplanungsrechtliche Relevanz im Hinblick auf den Belang des § 1 Abs. 6 Nr. 5 BauGB zu bejahen, kann dahinstehen. Jedenfalls wäre das Ortsbild in einer eine Bauleitplanung rechtfertigenden Weise berührt, wenn auf demselben Gebäude oder in dessen näherer Umgebung eine oder gar mehrere vergleichbare Anlagen hinzukommen sollten. Eine solche Entwicklung ist nicht so unrealistisch, als dass sie außer Betracht zu bleiben hätte. Die - in anderen Mobilfunkanlagen betreffenden Streitsachen bestätigte – Alltagserfahrung zeigt, dass auf Gebäuden, deren Eigentümer sich mit der Errichtung einer Mobilfunkanlage einverstanden erklärt haben, vielfach noch weitere Anlagen der anderen Anbieter errichtet werden. Jedenfalls bei einer solchen Konzentration berühren auch Mobilfunkanlagen von geringer Höhe die Belange des Ortsbildes so stark, dass sie bauplanungsrechtlich relevant sind“.

Daraus ergibt sich, dass eine städtebauliche Relevanz der einzelnen Anlage insbesondere auch dann anzunehmen ist, wenn sie gerade in ihrer gedachten Häufung das Bedürfnis nach einer ihre Zulässigkeit regelnden verbindlichen Planung hervorruft.

„Abgesehen davon ist eine bauplanungsrechtliche Relevanz solcher Anlagen auch deswegen zu bejahen, weil sie – jedenfalls bei wiederum zu unterstellender mehrfacher Ausführung – Belange des Umweltschutzes, nämlich umweltbezogene Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit sowie die Bevölkerung (§ 1 Abs. 6 Nr. 7 Buchst. C BauGB), berühren“ (BayVGH a.a.O.).

Der Aufbau eines LTE- oder UMTS-Netzes neben dem im ländlichen Raum aktuell weiterhin vorherrschenden, und nach wie vor weiteren Standortbedarf auslösenden GSM-Netzes wird in den nächsten Jahren zu einem weiteren Ansteigen der Ansiedlungen von Mobilfunkanlagen im Gemeindegebiet führen. Die Gemeinde Kempfeld rechnet insoweit mit einem zusätzlichen Standortbedarf der Mobilfunkanbieter, so dass insbesondere auch die Errichtung von Anlagen an besonders hierfür geeigneten Standorten innerhalb der wenigstens vorwiegend zum Wohnen genutzten Gemeindegebiete bevorsteht.

Gleichzeitig besteht in der Bevölkerung bereits jetzt eine nicht unerhebliche Verunsicherung hinsichtlich der Ungefährlichkeit elektromagnetischer Emissionen derartiger Anlagen, die getragen wird von unterschiedlichen wissenschaftlichen Bewertungen, welche die jetzigen Grenzwerte für zu hoch und die Abstandsflächen für teils entschieden zu niedrig erachten, bis hin zu den Empfehlungen des Bundesamtes für Strahlenschutz, Vorsorge zu betreiben. Diese Vorsorgeempfehlungen hat das Bundesamt für Strahlenschutz am 18.5.2010 nochmals ausdrücklich bestätigt. Auch das 2008 abgeschlossene Deutsche Mobilfunk-Forschungsprogramm entkräftet dies nicht, da dieses insbesondere im Bereich der Langzeitwirkung sowie der Auswirkungen auf Kinder weiterhin Forschungsbedarf sieht.

Umfangreiche Diskussionen über Mobilfunksendeanlagen – über zahlreiche Presseberichte, Seminare und Fortbildungen, Stellungnahmen von Fachleuten und Politikern einschließlich Empfehlungen des Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz bis hin zu einer großen Zahl Bürgerinitiativen – belegen das öffentliche Interesse an der Thematik. Zahlreiche in der Nachbarschaft von Mobilfunksendeanlagen wohnende Menschen klagen über Minderungen der Wohnqualität und gesundheitliche Beeinträchtigungen. Es sind zahlreiche Fälle bekannt, in denen Wertminderungen von Wohnungen und Wohngrundstücken auf die Nähe zu einer Sendeanlage zurückgeführt werden; diese Wertminderung an sich ist zwar planungsrechtlich nicht relevant, kann jedoch unter dem Gesichtspunkt der Verhinderung bodenrechtlicher Spannungen für die Bauleitplanung von Bedeutung sein.

Im Auftrag des Bundesamtes für Strahlenschutz wurden von 2001 bis 2006 repräsentative Umfragen durchgeführt, wonach relativ konstant etwa 30% der Bevölkerung wegen der gesundheitlichen Risiken durch Mobilfunkanlagen besorgt sind (Abschlussbericht über die Befragung 2006, Infas - Institut für angewandte Sozialforschung).

Nach der Rechtssprechung des BVerwG kann eine Störung im bauplanungsrechtlichen Sinne auch dann vorliegen, wenn in einem Wohngebiet bewältigungsbedürftige Spannungen begründet werden, die aus einer abstrakten Gefährlichkeit der Anlage resultieren. Eine Nutzung, die psychische Belastungen der Nachbarschaft auslöst, kann solche Spannungen schaffen und damit den Rahmen der baurechtlich erlaubten Nutzung übersteigen. Dabei wird vom BVerwG auf das Empfinden "durchschnittlicher Bewohner" auf die objektiven Gegebenheiten der "näheren Umgebung" abgestellt und nicht etwa auf persönliche Verhältnisse und Einschätzungen der jeweiligen Grundstückseigentümer (BVerwG, Beschl. v. 05.03.1984, NVwZ 1984, 647).

Die für die Mobilfunkanlagen zu beachtenden gesetzlichen Regelungen (Telekommunikationsgesetz und Bundesimmissionsschutzgesetz) beinhalten keine Regelungen oder Beteiligungen zur städtebaulichen Standortplanung. Die Standortbescheinigung nach der 26. BImSchV bezieht sich auf die Einhaltung der zulässigen Grenzwerte gegenüber Räumen zum dauernden Aufenthalt, betrachtet wird dabei der Einzelstandort ohne seinen städtebaulichen Kontext. Die Standortplanung der Mobilfunkunternehmen erfolgt auf der Grundlage technischer und wirtschaftlicher Bedingungen ohne Berücksichtigung städtebaulicher Belange und ohne Beteiligung von Öffentlichkeit oder Trägern Öffentlicher Belange wie dies etwa bei einer verbindlichen öffentlichen Planung im Sinne des § 38 BauGB der Fall wäre.

Das Verfahren der sog. Spitzenverbändevereinbarung, wonach Gemeinden gegenüber den Betreibern Alternativstandorte vorschlagen dürfen, lässt in der Praxis keine städtebauliche und nutzungsorientierte, sondern eine höchstens auf die naheliegende Grundstücke bezogene Steuerung zu und besitzt keine wirksamen Regelungsmechanismen für den Konfliktfall.

Gemäß § 1 Abs. 3 BauGB haben die Gemeinden Bauleitpläne aufzustellen, sobald und soweit es für die städtebauliche Entwicklung und Ordnung erforderlich ist. Die oben geschilderten Rahmenbedingungen bestätigen somit die Erforderlichkeit der vorliegenden Bauleitplanung.

1.3 Zulässigkeit der städtebaulichen Planung

Anwendung des der Bauleitplanung zugrunde liegenden Vorsorgeprinzips

Die Zulässigkeit der vorliegenden Bauleitplanung beruht auf der durch sie angestrebten Regelung der Bodennutzung aus städtebaulichen Gründen. Dabei ist die Gemeinde im Rahmen ihrer örtlichen Gegebenheiten nicht zwingend an die Vorgaben anderer Gesetze gebunden, wenn sie diese nicht verletzt oder ersetzt, sondern besitzt einen Ermessensspielraum. Als Analogie zu dem hier (neuerdings) zu regelnden städtebaulichen Konflikt sei die Umsetzung einer Verkehrskonzeption in einer Gemeinde zu nennen. Auch wenn hier andere Gesetze wie Bundesfern- und Landesstraßengesetz, die Verkehrslärmverordnung, die für die Zulassung von Kraftfahrzeugen (außer Zweiräder) verbindliche Lärm-Richtlinie 92/97/EWG usw. gelten und eingehalten werden, ist die Gemeinde dennoch befugt, auf der Grundlage einer eigenen Konzeption mit dem Ziel der Verbesserung der Wohnbedingungen und geringerer Immissionen ihr Straßensystem und die Straßenquerschnitte bestimmter Baugebiete so zu gestalten, dass hier die Verkehrs- oder Emissionsbelastung reduziert wird. Ein weiteres Indiz hierfür ist die (logarithmische und daher nicht unerhebliche) Differenz der Immissionsgrenzwerte der 16. BImSchV (Verkehrslärmverordnung) und der städtebaulich orientierten Richtwerte der DIN 18005 „Schallschutz im Städtebau“. So lässt erstere 9 dB(A) mehr zu, also den achtfachen Lärm; außerdem wird hier noch zwischen Tag- und Nachtwerten unterschieden, die um bis zu weiteren 15 dB(A) differieren. Von den Orientierungswerten ist im Rahmen der Abwägung einer Bauleitplanung im Einzelfall ein Abweichen gerechtfertigt, doch in der Regel der Vorsorgegedanke anzuwenden. Ein Ignorieren dieses Vorsorgegedankens führt zur Unwirksamkeit des Bebauungsplanes.

Dass die Bauleitplanung nicht nur der Abwehr bereits eingetretener schädlicher Umwelteinwirkungen, sondern auch dem vorsorgenden Immissionsschutz dienen soll, geht bereits aus § 1 Abs. 5 Satz 1 BauGB hervor.

In einer gutachterlichen Stellungnahme des RA Sommer, München, vom 20.11.2002 wird ausgeführt: „Ein flächendeckendes gemeindliches Standortkonzept für Mobilfunkanlagen begegnet jedoch grundsätzlich keinen Bedenken. Insbesondere steht der Umstand nicht entgegen, dass mit einem Standortkonzept auch Ziele des vorbeugenden Immissionsschutzes verfolgt werden. Denn gerade der Immissionsschutz ist ein beachtlicher Belang (OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 30.11.2001, 7 A 4857/00 – ZfBR 2002, S. 495 ff.) und der gemeindlichen Bauleitplanung kommt daher generell eine erhebliche Bedeutung auch für den vorsorgenden Immissionsschutz zu (Battis/Krautzberger/Löhr, BauGB (8.A.), § 1 Rn. 67). Auch die derzeit geltenden Grenzwerte der 26. BImSchV dürften daran nichts ändern. Denn bei den Grenzwerten der 26. BImSchV handelt es sich nicht um Vorsorgewerte (vgl. Antwort der Bundesregierung auf Frage 34 in der Bundestagdrucksache 14/7958). Zudem enthält die 26. BImSchV keine Grenzwerte für die Berücksichtigung des Immissionsschutzes in der Bauleitplanung (vgl. Battis/Krautzberger/Löhr, BauGB (8.A.), § 1 Rn 68). Es handelt sich bei diesen Grenzwerten ausschließlich um anlagenbezogene Grenzwerte, die vor den nachgewiesenen Gefahren der hochfrequenten Strahlung schützen. Vorsorge setzt dagegen bereits bei den potentiellen Gefahren ein (vgl. Jarass, BImSchG (5.A.), § 5

Rn. 46).“ Im weiteren ist „im Ermächtigungsgesetz der 26. BImSchV das Vorsorgeprinzip von wesentlicher Bedeutung. Die Verordnung selbst normiert „Zwecke der Vorsorge“ aber nur für Niederfrequenzanlagen, § 4, damit enthält sie für den Mobilfunk (hochfrequente elektromagnetische Felder) keine solchen Anforderungen.“ (RA Dr. Herkner, in Baurecht, S. 1402, 9/2006). „Auch befasst sie sich nur mit der Erwärmung von Körpergewebe“ (RA Dr. Herkner, in Baurecht, S. 1164, 8/2010).

In einer gutachterlichen Stellungnahme des RA Freund, Bruchköbel, vom 25.05.2002 wird ausgeführt: „Was Risikovorsorge im Einzelnen bedeutet, hat auch das Bundesverwaltungsgericht gerade im Hinblick auf das Strahlenschutzrecht in seinem Urteil vom 19.12.1985 –BVerwG 72.300 (315 f.) eingehend und überzeugend dargelegt. Danach bedeutet Vorsorge nicht, dass Schutzmaßnahmen erst dort zu beginnen haben, wo aus gewissen gegenwärtigen Zuständen nach dem Gesetz der Kausalität gewisse andere Schaden bringende Zustände und Ereignisse erwachsen werden. Vielmehr müssen auch solche Schadensmöglichkeiten in Betracht gezogen werden, die sich nur deshalb nicht ausschließen lassen, weil nach dem derzeitigen Wissensstand bestimmte Ursachenzusammenhänge weder bejaht noch verneint werden können und daher insoweit keine Gefahr, sondern nur ein „Gefahrenverdacht“ oder ein „Besorgnispotential“ besteht. Vorsorge bedeutet des weiteren, dass bei der Beurteilung von Schadenswahrscheinlichkeiten nicht allein auf das „ingenieurmäßige Erfahrungswissen“ zurückgegriffen werden darf, sondern Schutzmaßnahmen auch anhand bloß theoretischer Überlegungen und Berechnungen in Betracht gezogen werden müssen, um Risiken aufgrund noch bestehender Unsicherheiten oder Wissenslücken zuverlässig auszuschließen. Das Gebot der Risikovorsorge ist damit dem einfachgesetzlichen Immissionsschutzrecht vorgelagert und deshalb auch bei der Auslegung der Vorschriften des öffentlichrechtlichen und des bürgerlichrechtlichen Immissionsschutzrechts zu beachten“

Das VG Hamburg merkt in einem Beschluss vom 1.7.2003 (4 VG 4640/2002) an, „... dass Zweifel an der ausreichenden Eignung der Grenzwerte für den Gesundheitsschutz – erst recht aber für den Bereich der Vorsorge – im Vordringen sind.“ Die Gemeinde ist im Rahmen ihrer spezifischen örtlichen Gegebenheiten nicht zwingend an die Vorgaben anderer Gesetze gebunden, sondern besitzt einen Ermessensspielraum – vorausgesetzt sie verletzt oder ersetzt diese Gesetze nicht. Das BayVGH (Urteil vom 2. August 2007, Az.: 1 BV 05.2105) führt aus, dass „nach derzeitigem Erkenntnisstand zwar verlässliche wissenschaftliche Aussagen über gesundheitsschädliche Wirkungen elektromagnetischer Felder unterhalb der geltenden Grenzwerte nicht vorliegen. Da solche Wirkungen nicht gänzlich ausgeschlossen werden können (BverfG vom 24.1.2007 NVwZ 2007, 805; vom 28.2.2002 NJW 2002, 1638) gibt es für eine vorsorgende Bauleitplanung auf diesem Gebiet aber sachliche Gründe“.

In dem oben bereits genannten Urteil des bayerischen VGH vom 2. August 2007 (Az.: 1 BV 05.2105, Randziffern 23, 24) heißt es, „entgegen der Auffassung des Verwaltungsgerichts leidet die gesicherte Planung nicht schon deswegen an einem nicht ausräumbaren Mangel, weil es einer Gemeinde von vornherein verwehrt ist, Standorte von Mobilfunkanlagen so zu bestimmen, dass Wohngebiete geringer belastet werden als dies nach den Grenzwerten der 26. BImSchV zulässig wäre. (...) Durch die Grenzwerte (der BImSchV A.d.A) wird die Erheblichkeitsschwelle nicht nur im Rahmen von § 5 und § 22 BImSchG, sondern auch für das Städtebaurecht konkretisiert, weshalb die Gemeinde die Grenzwerte nicht im Wege der Bauleitplanung abschwächen darf. Das hindert die Gemeinde aber nicht, im Rahmen ihrer Planungsbefugnisse die Standorte für Mobilfunksendeanlagen mit dem Ziel festzulegen, für besonders schutzwürdige Teile ihres Gebiets einen über die Anforderungen der 26.

BlmSchV hinausgehenden Schutz vor schädlichen Umwelteinwirkungen durch elektromagnetische Felder zu erreichen. ... Mit dem immissionsschutzrechtlichen Vorsorgegrundsatz (§ 5 Abs. 1 Nr. 2 BlmSchG) verfolgt das Gesetz auch das Ziel eines vorbeugenden Umweltschutzes. Da Immissionsschutz- und Baurecht in einer Wechselwirkung zueinander stehen, darf auch Bauleitplanung diesem Ziel dienen. Soweit dies nach § 3 BauGB städtebaulich gerechtfertigt ist (...) darf die Gemeinde ihre bauleitplanerischen Mittel auch zum Zweck eines über die immissionsschutzrechtliche Erheblichkeitsschwelle hinausgehenden, vorbeugenden Gesundheits- und Umweltschutz einsetzen“. In einem Beschluss vom 9.9.2009 (Az. 1 CS 09.1292) hat das selbe Gericht nochmals bekräftigt, dass „das Ziel, die Standorte von Mobilfunkanlagen so festzulegen, dass Wohngebiete so wenig ‚befeldet‘ werden wie dies bei Sicherstellung eines guten Funkversorgungspegel möglich ist, ein ‚positives‘ und, wie der Senat im Urteil vom 2. August 2007 näher dargelegt hat, auch grundsätzlich legitimes Planungsziel“ ist.

2010 führt wiederum das selbe Gericht (Urteil vom 23.11.2010, Az.: 1 BV 10.1332) zur Frage der Risikoeinschätzung durch Mobilfunkstrahlenbelastung folgendes aus: „Eine Vorsorgeplanung, wie sie der Beigeladene verfolgt, wird auch nicht deswegen ‚ins Blaue hinein‘ betrieben, weil die Gefährdung durch Mobilfunkbasisstationen herrührende Strahlenbelastung jedenfalls aufgrund neuerer Erkenntnisse dem Bereich rechtlich irrelevanter ‚Immissionsbefürchtungen‘ zuzuordnen wären. In dem Bericht des Bundesamtes für Strahlenschutz über die ‚Ergebnisse des deutschen Mobilfunkforschungsprogramms, Bewertung der gesundheitlichen Risiken des Mobilfunks‘ wird ... u.a. Folgendes festgestellt: ‚Auch die Frage, ob Kinder stärker exponiert oder empfindlicher gegenüber hochfrequenten elektromagnetischen Felder(n) sein könnten als Erwachsene, konnte im Rahmen des DMF nicht abschließend geklärt werden.‘ Allein dieser Befund rechtfertigt es nach Auffassung des Senats, im Zusammenhang mit Mobilfunk bestehende Besorgnisse weiterhin auch dem vorsorgerelevanten Risikoniveau zuzuordnen und nicht ausschließlich den Immissionsbefürchtungen“.

Der Blick auf die andere Länder, die Vorsorgewerte erlassen haben oder dies den Gebietskörperschaften überlassen, zeigt sowohl die Möglichkeit einer Vorsorgepolitik als auch deren technische Umsetzbarkeit: In Italien liegen die Grenzwerte im Freien bei 20 V/m und 1 W/m², in einigen Regionen noch weitaus niedriger (Lombardei 5 V/m, Lazio u.a. 3 V/m, Venedig 0,5 V/m). In der Schweiz liegen die Vorsorgewerte für Bereiche mit "empfindlicher Nutzung", darunter auch Kinderspielplätze, bei 4 V/m (900 MHz) bzw. 6 V/m (1800 MHz), in Luxemburg bei 3 V/m für Nutzungen mit dauerhafter Exposition (Deutschland zum Vergleich: D-Netz etwa 42 V/m, E-Netz etwa 58 V/m). (Quellen: Homepages des BMWA, Elektromoginfo Wölfe, EMF-Institut).

Dass der gemeindlichen Bauleitplanung ein hoher Stellenwert für den vorsorgenden Immissionsschutz zukommt, ist allgemein unstrittig (Battis/Krautzberger/Löhr, BauGB (8.A.), § 1 Rn. 67). Die derzeit geltenden Grenzwerte der 26. BlmSchV werden hierdurch nicht in Frage gestellt, da es sich bei diesen nachweislich nicht um Vorsorgewerte (vgl. Antwort der Bundesregierung auf Frage 34 in der Bundestagsdrucksache 14/7958), sondern um anlagenbezogene Grenzwerte handelt, die vor den nachgewiesenen thermischen Gesundheitsgefahren kurzzeitiger hochfrequenter Strahlung schützen.

Es ist somit eindeutig zu differenzieren zwischen einem Grenzwertkonzept, das hier nicht vorliegt, und einem vorsorgenden Gesundheitsschutz. Während die Grenzwerte der 26. BlmSchV nachgewiesene Gesundheitsbeeinträchtigungen vermeiden, sollen im Rahmen des vorsorgenden Gesundheitsschutzes potentielle Beeinträchtigungen, die nicht ausge-

geschlossen werden können, vermieden werden. Diese beziehen sich in der städtebaulichen Planung immer auf unterschiedliche Schutzbedürftigkeiten der jeweiligen Gebietscharaktere; ihre Belange sind gegen andere Belange abzuwägen.

Hierzu führt Söfker aus: „Die Bedeutung der Bauleitplanung für den Immissionsschutz ist vor allem darin begründet, dass mit der Regelung der baulichen und sonstigen Nutzung zugleich die (räumliche) Zuordnung schutzwürdiger zu störenden Nutzungen und umgekehrt erfolgt. Mit Rücksicht auf die Langfristigkeit der planerischen Festlegungen und ihre Bedeutung für andere Rechtsbereiche (...) kommt der Bauleitplanung eine erhebliche Bedeutung für den vorsorgenden Immissionsschutz zu (...). Die Gemeinden sind dabei grundsätzlich befugt, durch Festsetzungen in Bebauungsplänen immissionsschutzbezogene Forderungen rechtsverbindlich zu machen, die inhaltlich von den Anforderungen abweichen, die sich aus dem allgemeinen Immissionsschutzrecht ergeben.“ (Ernst Zinkahn Bielenberg, BauGB, Rn 224 zu § 1).

Auch andere Infrastrukturträger (Gas, Wasser, Strom, Telefon-Festnetz) sind verpflichtet, städtebauliche Vorgaben zu berücksichtigen. Die Leitungsnetze von Versorgungsträgern können Regelungen im Bebauungsplan unterworfen werden, sofern hierfür städtebauliche Gründe vorliegen (so z. B. Festsetzung der Führung von Versorgungsanlagen und -leitungen (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB), Festsetzungen von mit Leitungsrechten zu belastenden Flächen zugunsten eines Erschließungsträgers (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)).

Die Beschränkung bestimmter Nutzungen auf bestimmte Grundstücke ist sogar das Wesen der Bauleitplanung. Es gibt keine Grundsatzurteile, die diese Kompetenz der Bauleitplanung in Frage stellen.

Schließlich ist bezüglich eines von den Mobilfunkbetreibern immer wieder erwähnten gesetzlichen Versorgungsauftrags darauf hinzuweisen, dass sich aus dem Art. 87 GG keineswegs der Anspruch ableiten lässt, ohne Berücksichtigung anderer, ebenfalls bedeutsamer oder noch gewichtigerer Belange an jedem aus betriebswirtschaftlicher Sicht optimalen Standort eine Mobilfunkanlage errichten zu dürfen. Den Betreibern ist kein Freibrief erteilt, die konkrete Konzeption und Ausgestaltung ihres Netzes ausschließlich an einer Optimierung funktechnischer und betriebswirtschaftlicher Gesichtspunkte auszurichten. (OVG Münster, Urt. v. 8.10.2003, 7 A 1397/02 u. Beschl. v. 6.5.2005, 7 B 2752/04, vgl. auch Herkner, Baurecht 9/06, 1405).

Auch ist strittig, ob Art. 87 GG sowie § 1 Abs. 6 Nr. 8d) BauGB hinsichtlich der Mobilfunkbetreiber überhaupt einschlägig sind; so sieht das Telekommunikationsgesetz, aus dem sich die Belange auch für § 1 Abs. 6 Nr. 8d) BauGB im Wesentlichen ergeben sollen, den Mobilfunk eben nicht als „Universaldienst“ i. S. d. § 78 TKG, für den allein eine Versorgung i. S. d. § 2 Abs. 3 Nr. 5 TKG, Art. 87 f Abs. 1 GG sicherzustellen wäre. (BayVG, Urt. v. 18.3.2003 (15 N 98.2262)). Folgerichtig ist zumindest zweifelhaft, ob die Mobilfunkbetreiber einen verfassungsmäßigen Auftrag verfolgen und inwieweit sie tatsächlich öffentliche Belange oder weitaus überwiegend privatwirtschaftliche Belange vertreten.

Doch selbst, wenn man Mobilfunkdienstleistungen als Bestandteil der zu gewährleisten Grundversorgung interpretieren würde, würde dies jedenfalls nicht den Ausbau des UMTS- und LTE- Netzes umfassen: Das OVG Münster hat in seinen bereits oben zitierten Entscheidungen gezeigt, dass das vorrangige Interesse an einer störungsfreien Teilnahme am Mobilfunk im Hinblick auf die Möglichkeit, auch ohne einen erreichbaren Festnetzanschluss jederzeit Polizei und Notdienst erreichen zu können. Diese Versorgung wird durch das GSM-Netz hinreichend sichergestellt; auch die Bundesregierung sieht UMTS lediglich als Ergänzung des GSM-Mobilfunks (BT-Drucksache 15/4515 v. 29.4.2005); hierin wird

zudem auch bestätigt, dass die Lizenzverpflichtungen, wonach bis Ende 2005 50 % der Bevölkerung mit UMTS zu versorgen seien, bereits zu diesem Zeitpunkt erfüllt waren und insoweit auch aus den Lizenzverpflichtungen keine vorrangige Behandlung neuer Standorte abzuleiten ist.

Schließlich ist auch zu berücksichtigen, dass sich der Versorgungsauftrag, so es ihn überhaupt gibt, auf die o. g. Funktion (Sicherstellung von Kommunikation bei nicht erreichbaren Festnetzanschlüssen) beschränkt und die von den Betreibern angestrebte Indoor-Versorgung, die im Vergleich zu einer Outdoor-Versorgung höhere Sendeleistungen und je nach örtlicher Situation auch eine höhere Standortdichte erfordert, jedenfalls nicht hiervon erfasst wird. Vielmehr stellt eine wachsende Indoor-Versorgung eine zunehmende Konkurrenz zum unstrittig grundgesetzlich geschützten, durch ausdrückliche Erwähnung in § 78 TKG prioritär zu behandelnden Festnetz dar.

Städtebauliche Konfliktregulierung durch Nutzungszuordnung (Positivplanung)

Die Bauleitplanung stellt auch keine (unzulässige) Negativplanung dar; ihm liegt eine städtebauliche Konzeption zugrunde, die gesundheitliche Vorsorge für die vorwiegend dem Wohnen dienende Gebiete und andere sensible Bereiche zugrunde legt, jedoch dem Versorgungsauftrag der Mobilfunkunternehmen ebenfalls gerecht wird (s. hierzu Gutachten des EMF-Instituts vom 21.02.2011 im Anhang). Da also die Versorgungsmöglichkeit des Gemeindegebiets durch das o.g. Gutachten nachgewiesen wird, und die für eine funktentechnische Versorgung geeigneten Flächen als Positivflächen auf Ebene des gleichzeitig durch die Verbandsgemeinde Herrstein aufgestellten sachlichen Teilflächennutzungsplans dargestellt werden, handelt es sich um eine abgewogene Planung, die eine Zuordnung von Mobilfunksendeanlagen zum Außenbereich vornimmt.

Dass hierbei in großen Teilen des Siedlungsgebiets ein Ausschluss festgesetzt wurde, ist das planungsrechtliche Instrument, aber nicht sein Inhalt. Denn entscheidend ist, „ob und inwieweit mit der Planung positive Planungsziele verfolgt werden, d.h. dass die Planung von einer planerischen Konzeption getragen wird; ist dies der Fall, ist es grundsätzlich zulässig, dass die Planung auch ‚negativ‘ in der Weise wirkt, dass sie hinsichtlich bestimmter Nutzungen und Vorhaben einschränkende Nutzungen enthält. (BVerwG, Urt. v. 7.5.1971 – 4 C 76.68; Beschl. v. 7.9.1984 – 4 N 3.48; Urt. v. 14.4.1989 – 4 C 89 52.87; Beschl. v. 18.12.1990 – 4 NB 8.90, ...)“ (Ernst Zinkahn Bielenberg, BauGB, Rn 35 zu §1.)

Schließlich können mit dem Ausschluss dieser gewerblichen Sendeanlagen in Bereichen die überwiegend dem Wohnen dienen sowie in den daran angrenzenden Bereichen und der Zuordnung von Mobilfunksendeanlagen zu gewerblichen Bauflächen sowie den Außenbereich, städtebauliche Konflikte vermieden bzw. so weit wie möglich gemindert werden. Hier ist insbesondere in Rechnung zu stellen, dass die Topographie der Umgebung geeignet ist, diesen Konflikt zu vermindern und mit Hilfe der in kommunaler Planungshoheit liegenden Bauleitplanung eine örtlich spezifische Lösung zu entwickeln.

Mobilfunksendeanlagen werden von der Rechtsprechung überwiegend als nicht störende gewerbliche Anlagen bewertet. Jedoch ist diese Auffassung in jüngerer Zeit auch angezweifelt worden: Das Hamburger VG stellt in Frage, dass eine Hochfrequenzanlage eine nicht störende Anlage sei, da dies nicht allein an den Immissionen zu messen sei. „Es geht vielmehr um die Vermeidung von Nutzungen, die die kollektive Wohngemeinschaft zu stören geeignet sind, und damit Unruhe in das Gebiet bringen und den Gebietscharakter beeinträchtigen (BVerwG, Urt. vom 21.03.2002, E 116, 155).“ Es können also im bauplanungsrechtlichen Sinn auch aus anderen Gründen bewältigungsbedürftige Spannungen

vorliegen. Diese potentielle Belastung sieht das VG aufgrund der Umfrageergebnisse des Bundesumweltministeriums vom 2001, nach der sich gut 30% der Befragten starke oder sehr starke Sorge wegen der gesundheitlichen Risiken durch Mobilfunkanlagen machten (Beschluss vom 1.7.2003, Az. 4 VG 4640/2002, Punkt cc 3.2, Seite 17f.). Diese planungsrechtliche Auffassung wird auch von Fickert/Fieseler vertreten: „Unter den jeweiligen Störbegriff, insbes. in Bezug auf Wohngebiete, fallen alle Nutzungen und Einwirkungen, die – außer der Verursachung von dem Baugebiet billigerweise nicht zumutbaren Immissionen – von den Bewohnern des betreffenden Baugebietes unter dem Gesichtspunkt der sich herausgebildeten städtebaulichen Ordnung als Fremdkörper und der gewählten Ordnung nicht entsprechend angesehen werden und demzufolge dem gedeihlichen Zusammenleben der Gemeinschaft abträglich sind. Die Auslotung des Begriffes ‚Stören‘ hat gezeigt, dass die BauNVO von einem relativen Störbegriff ausgeht.“ (Fickert/Fieseler, BauNVO, 10. Aufl., Rn 8.6/8.7 Vorbem zu §§ 2-9, 12-14). Dies zeige sich auch umgekehrt, indem der notwendige Kfz-Verkehr oder (Klein-) Kinderlärm „zum Inbegriff des Wohnens gehör(en) und dementsprechend nicht unter den bauplanungsrechtlichen Begriff des Störens“ fallen. (Rn 8.8)

Sozialer Frieden

Die städtebauliche Begründung für die Bauleitplanung (und ihre Zulässigkeit) basiert im Übrigen nicht nur auf dem der Bauleitplanung zugrundeliegenden Vorsorgegedanken. Von Belang ist auch der Soziale Frieden: Bundesweit sind durch die Aufstellung von Mobilfunkanlagen erhebliche Irritationen im sozialen Gefüge der Gemeinden zu beobachten, welche mancherorts zu massiven Störungen des sozialen Friedens in der Bevölkerung geführt haben. Hierbei sind grundsätzlich zwei verschiedene Mechanismen zu differenzieren.

Zum einen wird bereits durch die Standortakquisition der Mobilfunkbetreiber ein Potential an Unsicherheit und Unfrieden innerhalb der Nachbarschaft erzeugt, da weder die gesundheitlichen noch die finanziellen und juristischen Auswirkungen für Vermieter und Nachbarn abschätzbar sind. Haus- und Grundstückseigentümer mit potentiell für Mobilfunkantennen geeigneten Immobilien befinden sich durch die Anfrage von Mobilfunkbetreibern nicht selten in einem Dilemma, da sie zwischen finanziellen Interessen, gesundheitlichen Aspekten und nachbarschaftlichen Problemen abwägen müssen und davon ausgehen können, dass im Falle ihrer Absage in der Nachbarschaft trotzdem ein Mobilfunksender aufgebaut wird.

Zum andern führte der für die betroffenen Anwohner –mangels öffentlichem Beteiligungsverfahren– plötzliche und unvorhersehbare Aufbau von Mobilfunkanlagen in ihrem Wohnumfeld bereits zu erheblicher Unruhe in vielen deutschen Städten und Gemeinden. Bekannt sind massive Spaltungen in Dorf- und Kirchengemeinden (wenn die Mobilfunkanlage bspw. im Kirchturm untergebracht wurde), Ächtung von Nachbarn oder Geschäftsinhabern mit einer Mobilfunkanlage auf dem Grundstück oder Gebäudedach u.a.

Die Ängste und Befürchtungen in der Bevölkerung vor den Auswirkungen hochfrequenter Mobilfunkwellen ernst zu nehmen und ihnen planerisch entgegenzutreten ist nach Auffassung der Gemeinde Kempfeld auch eine kommunale Aufgabe, die sich aus dem BauGB ergibt. Mit der Zuweisung der Mobilfunkanlagen in den Außenbereich soll der soziale Frieden in den ganz oder vorwiegend wohnlich genutzten Baugebieten sowie im Umfeld der sensiblen Einrichtungen gewahrt werden.

Auf der zivilrechtlichen Ebene hat das OLG Hamm in seinem Urteil vom 03.01.2002 (AZ.: 15 W 287/01) festgestellt, dass ein Wohnungseigentümer nicht verpflichtet ist, die Unge-

wissheit möglicher gesundheitlicher Beeinträchtigungen durch die Aufstellung einer Mobilfunkantennenanlage zu dulden.

Das Gericht gab damit der Klage eines Wohnungsbesitzers gegen den Mehrheitsbeschluss der Eigentümerversammlung statt, wonach die Antenne auf dem Dach des gemeinsamen Hauses installiert werden sollte. Der Leitsatz des Gerichtes lautet: „Die derzeit bestehende Ungewissheit, ob und in welchem Maße von Mobilfunkantennen für den Betrieb eines oder mehrerer Mobilfunknetze, die für den künftigen UMTS-Betrieb ausgelegt sind, gesundheitliche Gefahren für die in unmittelbarer Nähe zu der Anlage wohnenden Menschen führt, reicht allein für die Annahme einer tatsächlichen Benachteiligung aus, die ein Wohnungseigentümer nach dem Maßstab des § 14 Nr. 1 WEG nicht hinnehmen muss“.

Die Erhaltung des sozialen Friedens ist in diesem Sinne unter § 1 Abs. 6 Ziff. 3 BauGB als städtebaulicher Belang einzuordnen, wonach bei der Aufstellung der Bauleitpläne insbesondere die „sozialen ... Bedürfnisse der Bevölkerung“ zu berücksichtigen sind.

Wahrung des Gebietscharakters und von Gebietsqualitäten

Einen weiteren städtebaulichen Belang stellt die Wahrung des Gebietscharakters von Wohnquartieren und ihrer spezifischen Qualitäten dar. Das Image eines Wohnquartiers setzt sich aus einer Vielzahl sozialer, städtebaulicher und wirtschaftlicher Faktoren zusammen, welche für die Bewohner des Wohnquartiers dessen Wohnwert und Gebietscharakter definieren.

Im Zusammenhang mit der Errichtung und dem Betrieb von Mobilfunkanlagen sieht die Gemeinde Kempfeld auch in den Aspekten Image und Gebietscharakter von Wohnquartieren einen kommunalen Handlungsauftrag.

Einer Umfrage des Münchner Immobilienmaklerbüros von Medinger an 600 RDM-Makler in Bayern, Baden-Württemberg und Hamburg zufolge wirken sich Mobilfunksendeanlagen bis zu 150 m Entfernung verkaufshemmend und wertmindernd aus. Die Wertminderung läge je nach Entfernung zum Sender zwischen 5-50%, bei Sichtkontakt des Senders zum Verkaufsobjekt wirke sich dies immer häufiger verkaufshemmend bis verkaufshindernd aus (siehe Immobilien- und Wirtschaftsrecht 2002, 60 f.) Hausverwaltungen empfehlen danach den betreuten Haus- bzw. Wohnungseigentümern aus Vorsichtsgründen, keine Mobilfunkanlagen zu installieren.

Da Immissionen grundsätzlich auch bei Grundstücken einen Sachmangel gem. § 434 BGB darstellen können (vgl. Palandt-Puto, Ergänzungsband zur 61. Auflage, §434 Rn. 64 m.w.N.), gingen Rechtsanwalt Prof. Dr. Klaus Kniep und Rechtsreferendar Markus Hohmuth folgender Frage nach: „Einfluss von Mobilfunksendeanlagen auf Miete und Kauf von Immobilien“ (Wohnungswirtschaft und Mietrecht, 6/2003 S. 312-314).

Ihr Fazit in obigem Aufsatz: „Auch wenn sich diese Wertverluste im Einzelfall nicht immer streng wissenschaftlich, sondern nur psychologisch begründen lassen mögen, weil gesicherte Ergebnisse eben noch nicht vorliegen, kann doch zumindest von einer faktischen Beeinträchtigung durch Mobilfunkanlagen gesprochen werden. Deshalb ist mindestens von einem Sachmangel gem. § 434 BGB auszugehen, wenn die Immobilie einer überdurchschnittlichen Strahlenbelastung durch eine Mobilfunkanlage –auf dem Grundstück selbst oder in der Nachbarschaft– ausgesetzt ist. Der kritische Abstand mag ebenso wie im Mietrecht mit 50-200 m anzusehen sein. Ausdrücklich ist darauf hinzuweisen, dass ein Mangel auch vorliegen kann, wenn die entsprechenden Grenzwerte der 26. BImSchV eingehalten sind. Nach der hier vertretenen Ansicht besteht nämlich eine entsprechende Ver-

kehrsanschauung auch unter diesen Umständen, da ein durchschnittlicher Käufer nicht nur die Einhaltung der Grenzwerte, sondern das Nichtvorhandensein von Gesundheitsgefahren i. S. v. § 434 Abs. 1 S. 2 Nr. 2 BGB erwarten darf, was wegen der gegenwärtigen Diskussion eben auch bei eingehaltenen Grenzwerten der 26. BImSchV nicht garantiert ist.“

Dass psychische Belastungen, welche durch Bauvorhaben in der Nachbarschaft ausgelöst werden, einen Mangel darstellen können, hat auch das AG München in seinem Urteil vom 01.04.1998 bestätigt (432 C 7381/95, WuM 1999, 111. – A.M. LG Berlin NZM 2003, 60). Das Gericht hat es als Mangel ausreichen lassen, wenn dem Mieter die Angst aufgebürdet werde, durch die nachträgliche Errichtung einer Mobilfunkanlage auf dem Flachdach des betreffenden Miethauses (mindestens langfristig) an seiner Gesundheit geschädigt zu werden. Dem Mieter wurde hierdurch eine Kündigungsmöglichkeit wegen Mangels der Mietsache zugesprochen.

Das BVerwG ging 1984 in seinem Urteil (BVerwG, 05.03.1984, 4 B 20/84) der baurechtlichen Frage der Einfügung gem. § 34 Abs. 1 BauGB bei Geruchsemissionen nach. In seinem Urteil befand das BVerwG, dass wegen des Raubtiergeruchs und der psychischen Belastung, die für die Nachbarschaft von einem Pumazwinger ausgehe, sich ein solcher nicht in die Wohnbebauung einfüge. Die Frage der Gesundheitsschädigung war in diesem Fall ganz ohne Belag, vielmehr die Aspekte des Nachbarschutzes, der Einfügung und des Gebietscharakters.

Ganz grundsätzlich klargestellt hat das BVerwG in seinem Revisionsurteil v. 16.09.1993 (4 C 28/91), dass der Nachbar auf die Wahrung der Gebietsart einen Schutzanspruch hat, der über das Rücksichtnahmegebot hinausgeht. Darüber hinaus heißt es dort in den amtlichen Leitsätzen: „Nachbarschutz besteht im unbeplanten Innenbereich, wenn die Eigenart der näheren Umgebung einem der Baugebiete der BauNVO entspricht“ und „Die Festsetzungen von Baugebieten durch Bebauungspläne hat kraft Bundesrechts grundsätzlich nachbarschützende Funktion“.

Das OVG-NRW hat diese allgemeinen Grundsätze hinsichtlich der bauplanungsrechtlichen Zulässigkeit sowie der nachbarschützenden Qualität einer Mobilfunkanlage in einem allgemeinen Wohngebiet in seinem Beschluss vom 25.02.2003 (10 B 2417/02) bekräftigt.

Das Gericht bejahte die Baugenehmigungspflicht sowie die Vorhabensdefinition bei einem Sendemast von 8 m Höhe auf einem Gebäudedach und stellte klar, dass diese Anlage in einem allgemeinen Wohngebiet nicht allgemein zulässig und im Regelfall keine Nebenanlage im Sinne von § 14 Abs. 1 Satz 1 BauNVO ist. Das Gericht ließ offen, ob es sich um eine fernmeldetechnische Nebenanlage im Sinne von § 14 Abs. 2 BauNVO und um einen störenden Gewerbebetrieb im Sinne von § 4 Abs. 3 Nr. 2 BauNVO handelt, die nach § 31 Abs. 1 BauGB ausnahmsweise zulässig sind. Ob Mobilfunksendeanlagen unter § 14 oder § 2 ff. BauNVO zu subsumieren sind, ist wie das Bundesverfassungsgericht in seinem Kammerbeschluss vom 24.1.2007 (Az. 1 BvR 1 BvR 383/05) feststellte, höchststrichterlich auch bisher nicht entschieden worden.

Das OVG-NRW befand in seinem amtlichen Leitsatz daraufhin, „es kann nicht ausgeschlossen werden, dass Mobilfunksendeanlagen zu einer wahrnehmbar gewerblichen Überformung eines allgemeinen Wohngebiets führen und deshalb als gebietsfremd und den Gebietscharakter störend empfunden werden können“.

Das Gericht hat darauf hingewiesen, dass sich die Gebietsunverträglichkeit sowohl aus der Strahlenbelastung ergeben kann, als auch aus den optischen Auswirkungen der Anlage.

Nachhaltigkeitsprinzip

Unter den in § 1 Abs. 5 BauGB aufgeführten Aufgaben und Grundsätzen der Bauleitplanung wird an erster Stelle die Gewährleistung einer nachhaltigen städtebaulichen Entwicklung genannt. Die vorliegende Bauleitplanung stärkt den Nachhaltigkeitsaspekt in der zukünftigen Gemeindeentwicklung Kempfelds: So werden mit der räumlichen Differenzierung der Zulässigkeit von Mobilfunksendeanlagen langfristige Spielräume für die Siedlungsentwicklung gesichert, die bei einer ungesteuerten Genehmigung von Mobilfunkstandorten im Einzelfall gefährdet wären. Auch ist die angestrebte Sicherung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse eine wesentliche Voraussetzung für die Sicherung Kempfelds als attraktiver Wohn- und Gewerbestandort und damit für eine langfristig stabile Entwicklungsperspektive.

Unter Würdigung der vorstehenden Ausführungen ist die vorliegende Bauleitplanung, die auf Basis einer gerechten Abwägung der öffentlichen und privaten Belange eine räumliche Zuordnung der gewerblichen Nutzung „Mobilfunksendeanlage“ zu bestimmten Gebieten in der Gemeinde vornimmt, aus städtebaulichen Gründen zulässig. Zudem bietet das Planverfahren die Möglichkeit, die Standortentscheidung für die Netze der Mobilfunksendeanlagen in ein öffentlich-rechtliches Verfahren einzubinden, dass eine hinreichende Beteiligung der Öffentlichkeit und eine sachgerechte Abwägung der berührten öffentlichen und privaten Belange gewährleistet.

1.4 Geltungsbereich

Der Geltungsbereich des Bebauungsplans beinhaltet den bisher unbeplanten, im siedlungsstrukturellen Zusammenhang stehenden Bereich Kempfelds und ist in drei Teilgeltungsbereiche (Mitte, Schule und Katzenloch) gegliedert. Die exakte Abgrenzung der einzelnen Teilgeltungsbereiche ist der Planzeichnung zu entnehmen.

1.5 Bestand

Im Bereich der Gemarkung Kempfeld befinden sich derzeit 3 Standorte für gewerblich genutzte Mobilfunksendeanlagen (Stand: Januar 2011). Die Versorgung von Kempfeld mit Mobilfunkdienstleistungen erfolgt dabei mit 11 Mobilfunkanlagen über die Standorte Aussichtsturm „Wildenburg“, Hauptstraße und einer weiteren Sendeanlage am Waldrand südlich der Ortslage. Eine Übersicht über die bestehenden Standorte ist aus der beiliegenden Analysekarte ersichtlich.

1.6 Vorgaben und Rahmenbedingungen

Der vorliegende Bebauungsplan wurde gemäß § 8 Abs. 2 BauGB aus dem Flächennutzungsplan entwickelt. Er sichert die Wohn- und Lebensqualität in den im Flächennutzungsplan ausgewiesenen Wohngebieten sowie an den Standorten sensibler Einrichtungen. In der gleichzeitig durchgeführten Aufstellung des sachlichen Teilflächennutzungsplans werden darüber hinaus Positivflächen für die Nutzung von Mobilfunksendeanlagen dargestellt.

Die fachliche, funktechnische Grundlage der Bauleitplanung ist das Gutachten des EMF-Instituts, welches eine Prüfung mehrerer Standorte unter Berücksichtigung einer flächendeckenden Versorgung von Kempfeld und Katzenloch sowie der Ziele der Gemeinde zur

Immissionsminimierung durchführte. Mit den geprüften Standorten wird laut Gutachten eine ausreichende flächenhafte Versorgung aller Ortsteile gewährleistet (s. hierzu Gutachten vom 21.02.2011 im Anhang).

2 Städtebauliche Planung

2.1 Konzeption der Bauleitplanung

Die Konzeption der Bauleitplanung (Aufstellung eines einfachen Bebauungsplanes für den unbeplanten Innenbereich und Änderung aller rechtskräftigen Bebauungspläne durch die Ortsgemeinde Kempfeld sowie Aufstellung eines sachlichen Teilflächennutzungsplanes durch die Verbandsgemeinde Herrstein) basiert auf der Grundlage einer flächendeckenden Versorgung der Gemarkung Kempfeld (mit dem Ortsteil Katzenloch) mit Mobilfunkdienstleistungen bei gleichzeitiger Minimierung der Strahlenbelastung, der durch den Ausschluss von Mobilfunksendeanlagen in Bereichen, deren städtebaulicher Charakter vorwiegend von Wohnen geprägt ist, sowie im Umfeld von sensiblen Einrichtungen wie Kindergärten und Schulen erreicht werden soll, sowie einem möglichst großen, funktechnisch und wirtschaftlich vertretbaren Abstand hiervon.

In Kempfeld liegen größere zusammenhängende Wohnbauflächen vor allem im östlichen Siedlungsbereich (s. Analysekarte im Anhang). Dienstleistungsbetriebe bestehen vorwiegend im Umfeld der Hauptstraße. Die planerische Zulässigkeit richtet sich hier bisher nach den Bestimmungen des § 34 BauGB. Eine größere gewerbliche Baufläche liegt am nördlichen Siedlungsrand.

Sensible Einrichtungen befinden sich in der Schulstraße (Kindergarten) und in der Wildenburgstraße (Schule). Dieser Begründung beigelegt ist eine Analysekarte aus der die vorwiegend vom Wohnen geprägten Siedlungsbereiche sowie die zum Zeitpunkt der Planaufstellung existierenden sensiblen Nutzungen zu entnehmen sind.

Um dem Ziel der Immissionsminimierung nachzukommen, wird von der Gemeinde Kempfeld auf Grundlage eines funktechnischen Gutachtens die Versorgung mit Mobilfunkdienstleistungen über geeignete Flächen im Außenbereich angestrebt.

Versorgung über den Außenbereich

Das Konzept der Gemeinde Kempfeld sieht vor, dass eine Versorgung mit Mobilfunk von funktechnisch geeigneten Flächen außerhalb des Siedlungszusammenhangs stattfindet. Von Gebieten, die vorwiegend dem Wohnen dienen, soll dabei ein möglichst großer Abstand gewahrt bleiben. Eine Negativplanung liegt nicht vor, da durch das sachverständige Gutachten des EMF-Instituts die Möglichkeit einer flächenhaften Versorgung von Kempfeld und Katzenloch über die untersuchten Flächen nachgewiesen wurde. Diese für eine Versorgung mit Mobilfunkdienstleistungen vorgesehenen Flächen (Positivflächen) werden zudem auf Ebene des sachlichen Teilflächennutzungsplans dargestellt. Die Flächen wurden unter dem Gesichtspunkt ihrer grundsätzlichen funktechnischen Eignung (s. Gutachten EMF-Institut), ihrer Funktion für eine flächendeckende Versorgung von Kempfeld und Katzenloch, ihrer Verträglichkeit hinsichtlich der Ziele der Gemeinde Kempfeld zur Immissionsminimierung für Wohngebiete und sensible Bereiche ausgewählt.

Die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit von gewerblich genutzten Mobilfunksendeanlagen wird innerhalb des bebauten, bzw. nach § 30 BauGB zu beurteilenden Siedlungsbereichs über Bebauungspläne, im Außenbereich über den gleichzeitig aufgestellten sachlichen Teilflächennutzungsplan geregelt.

Unzulässigkeit ortsfester Mobilfunksendeanlagen

Unter Berücksichtigung der oben dargelegten flächenhaften Versorgung mit Mobilfunk werden im Bebauungsplan Flächen festgesetzt, in denen ortsfeste Mobilfunksendeanlagen generell unzulässig sind. Die Festsetzung der Art der Nutzung erfolgt nach den Gliederungsmöglichkeiten des § 1 Nr. 9 BauNVO, wodurch die gegenseitige Verträglichkeit der unterschiedlichen Nutzungen sicherstellt wird. Für die bisher nicht überplanten Bereiche setzt der Bebauungsplan entsprechend des derzeitigen städtebaulichen Charakters Baugebiete sowie Grün- und Gemeinbedarfsflächen fest. Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 34 BauGB fort. Der Ausschluss bezieht sich sowohl auf die Charakterisierung als gewerbliche Anlagen als auch als fernmeldetechnische Nebenanlagen gemäß § 14 BauNVO. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Gebiete, deren städtebaulicher Charakter vorwiegend vom Wohnen geprägt ist oder um Mischgebiet mit hohem Wohnanteil (hier insbesondere die alten Ortskerne, die neben der vorwiegenden Wohnnutzung ebenso bestehende Dienstleistungsbetriebe aufweisen). Neben der Berücksichtigung des hohen Wohnanteils in den als Mischgebiete ausgewiesenen Bereichen gewährleistet der Ausschluss von Mobilfunksendeanlagen in den Innenbereichslagen (hierzu gehören auch innerörtliche Grünflächen) – die häufig als schmaler Streifen angrenzend an Wohnbauflächen ausgeprägt sind – auch gleichzeitig, dass innerhalb eines Wohngebietes (nach Bauplanungsrecht) auch dem Randbereich der gleiche Schutzstatus ermöglicht wird und so mögliche Nutzungskonflikte minimiert werden.

Mit dieser Regelung wird zugleich ein Beitrag zur Verhinderung ästhetischer Störungen in den Wohnbereichen durch die auf Dächern und Masten installierten Sendeanlagen sowie zum Erhalt des Ortsbildes geleistet. Bei Betrachtung der konkreten örtlichen Situation ist diese Relevanz für alle Wohn- und Mischgebiete der Gemeinde Kempfeld mit überwiegend homogener Bebauung gegeben.

Baurechtliche Auswirkungen

Der Bebauungsplan nimmt ausschließlich Einfluss auf die zulässige Art der Nutzung. Es handelt sich somit um einen einfachen Bebauungsplan nach § 30 Abs. 3 BauGB. Für die innerhalb des Geltungsbereichs gelegenen, bereits rechtskräftigen Abgrenzungs- und Einbeziehungssatzungen stellen die Festsetzungen des hier aufgestellten Bebauungsplans lediglich eine Ergänzung der im Übrigen weiterhin geltenden zeichnerischen und textlichen Festsetzungen dar. Hierbei handelt es sich um die Abrundungssatzungen „Brandweiher“ und „Auf dem Schauener Weg“ bzw. Ergänzungssatzungen „Brandweiher und In den spitzen Stückern“ sowie „Auf dem Schauener Weg“. Die jeweils bisher geltende Fassung der BauNVO ist weiterhin anzuwenden. Im Übrigen richtet sich die Zulässigkeit von Vorhaben nach den §§ 34 oder 35 BauGB. Die Unterscheidung zwischen Innen- und Außenbereich wird nicht aufgehoben oder ersetzt.

Anforderungen an eine flächenhafte Versorgung

Im Gegensatz zum GSM-Netz basiert das noch immer im Aufbau befindliche UMTS-Netz wie auch das neue LTE-Netz jeweils auf einer anderen Technologie. Während UMTS bei der Übertragung weitaus größerer Datenmengen auf kleinere, stärker voneinander abgegrenzte und sich dennoch aneinander anpassende Funkzellen aufbaut, was gleichzeitig zu einer gewissen Festlegung der zukünftigen Netzstruktur führt, ist das neue LTE-Netz durch ein völlig anderes Mehrbenutzerzugangsverfahren diesbezüglich deutlich flexibler. Als Abstand der Standorte für das UMTS-Grundnetz wurde von fast allen Betreibern bisher einheitlich eine Größenordnung von 1.000 bis 1.400 m angegeben, mit dem Hinweis, dass

nach Etablierung des Grundnetzes bei Bedarf eine Verdichtung angestrebt würde. (Technisch ist allerdings ebenfalls die Installation von mindestens zwei Anlagen auf einem Standort, die die gleiche Funkzelle versorgen, möglich.). Bisher bekannte Suchkreise bzw. Ausbaupläne der Anbieter weisen jedoch zum Teil auch deutlich größere Abstände – insbesondere im ländlichen Raum – auf. Technisch werden beim neuen LTE-Netz wiederum sehr gute Leistungen auch bei Reichweiten zwischen 5 – 10 km erzielt. Mit reduzierter Leistung sind noch weitaus größere Entfernungen möglich. Die Maschenweite des Funknetzes scheint von daher nicht allein technologisch, sondern vor allem organisatorisch-ökonomisch bedingt. Auch ist die Topographie zu berücksichtigen. Das vorliegende Gutachten des EMF- Instituts berücksichtigt die funktechnische Versorgung von Kempfeld und Katzenloch unter den derzeit gegebenen Rahmenbedingungen. Sollte die zukünftige technologische Entwicklung allerdings zu grundsätzlich neuen Anforderungen an Zahl und Lage der Standorte führen, denen durch den Bebauungsplan nicht mehr hinreichend entsprochen werden kann, wäre dies als Planungserfordernis nach § 1 Abs. 3 BauGB zu werten: In einer entsprechenden Änderung des Bebauungsplans könnten dann diese neuen Anforderungen wiederum in einen sachgerechten Abwägungsprozess mit allen übrigen berührten Belangen eingestellt und somit die Zielsetzungen des Bebauungsplans dauerhaft gesichert werden.

Entsprechend der Vereinbarung über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze (Verbändevereinbarung) vom 09.07.2001 und den Maßnahmen zur Verbesserung von Sicherheit und Verbraucher-, Umwelt- und Gesundheitsschutz, Information und vertrauensbildende Maßnahmen beim Ausbau der Mobilfunknetze (Selbstverpflichtungserklärung) ist zu beachten, dass die Gemeinde Kempfeld auch nach Inkrafttreten des Bebauungsplans bei der weiteren Planung durch die Mobilfunkbetreiber zu beteiligen ist; darüber hinaus sind auch die Bürgerinnen und Bürger umfassend über die Vorhaben zu informieren. Damit besteht zugleich ein geeignetes Forum, um auch zukünftig netzspezifische Anforderungen an Sendeanlagenstandorte zu diskutieren und nötigenfalls (z. B. im Falle sich eventuell wandelnder Anforderungen an zukünftige UMTS- LTE- oder WiMAX- Netze) eine Änderung des Bebauungsplans unter hinreichender Berücksichtigung der Planungs- bzw. Schutzziele vorzunehmen.

Sicherstellung einer flächendeckenden Versorgung

Ausdrückliches Ziel der Bauleitplanung ist es, im Sinne einer sachgerechten Abwägung Konflikte und Beeinträchtigungen, die sich mit Mobilfunksendeanlagen verbinden können, zu minimieren, und zugleich eine flächendeckende Versorgung von Kempfeld mit Mobilfunkdienstleistungen zu ermöglichen.

Für die Sicherstellung einer flächenhaften Versorgungsmöglichkeit wurde das EMF-Institut von der Gemeinde Kempfeld beauftragt ein Gutachten (Gutachten „Mobilfunkstandortkonzept unter dem Aspekt der Strahlenminimierung für die Gemeinde Kempfeld“ vom 21. Februar 2011) über mögliche Mobilfunksendeanlagenstandorte zu erstellen, welche eine hinreichende Qualität der Mobilfunkversorgung bei gleichzeitiger Minimierung der Strahlenbelastung gewährleisten. In dem vorliegenden Gutachten wurden mehrere Standortalternativen geprüft und bewertet. Die funktechnische Bewertung der geprüften Standorte ist als Anlage beigefügt. Diese Bewertung bildet die Grundlage für die Darstellung der Positivstandorte auf Ebene des sachlichen Teilflächennutzungsplans.

Ergebnisse des funktechnischen Gutachtens des emf-Institut (Köln, 21.02.2011)

Das funktechnische Gutachten „Mobilfunkstandortkonzept unter dem Aspekt der Strahlungsminimierung für die Gemeinde Kempfeld“ des emf-Instituts zeigt insbesondere in den Kapiteln 7 und 8 auf, wie die derzeitige Mobilfunkversorgung in Kempfeld zu beurteilen ist und welche Standorte für eine strahlungsminimierte Mobilfunkversorgung – auch unter Berücksichtigung der derzeitigen technischen Entwicklung - zu empfehlen sind.

Bestand und Analyse

Bezüglich der Bestandssituation wird im Gutachten aus Seite 44 folgendes ausgeführt: „In der Gemeinde Kempfeld existieren für die Versorgung mit mobiler Sprachtelefonie GSM-Netze der Betreiber Telekom, E-Plus und O2. Im Netz des Betreibers Vodafone erfolgt eine Versorgung von außerhalb der Gemeinde (und ist nur schwach). In allen diesen Mobilfunknetzen ist die Versorgung großräumig angelegt, so dass in jedem Netz durch eine Basisstation nicht nur Kempfeld, sondern jeweils auch benachbarte Orte versorgt werden. Daraus ist zu erkennen, dass für Orte dieser Größe und Siedlungsstruktur nur ein geringer Kapazitätsbedarf an mobiler Telefonie besteht, und es somit aus Kapazitätsgründen nicht erforderlich ist, Mobilfunkstationen innerörtlich zu positionieren. Eine Planung muss daher auch immer umliegende Orte mit berücksichtigen. Kein Betreiber hat bisher ein UMTS-Mobilfunknetz für schnelle Datenübertragung in Kempfeld oder Umgebung aufgebaut oder beantragt. Planungen für LTE-Mobilfunknetze sind ebenfalls nicht bekannt“ (Mobilfunkstandortkonzept unter dem Aspekt der Strahlungsminimierung für die Gemeinde Kempfeld, S. 44).

Für eine zukünftige Versorgung der Ortsteile Kempfeld und Katzenloch wurden vom emf-Institut jeweils zwei Standortbereiche für Kempfeld und Katzenloch untersucht, die topographisch im allgemeinen für eine Mobilfunkversorgung gut geeignet sind (zur Lage der Untersuchungsbereiche siehe funktechnisches Gutachten oder Darstellung der Analysekarte mit allen untersuchten Standorten). Laut Gutachten kann hierbei die Mobilfunkversorgung von Kempfeld (und ggf. der nördlich gelegenen Orte Schauraen, Bruchweiler etc.) von einem einzigen der geprüften Standort aus sichergestellt werden. Auf die derzeit bestehenden Standorte kann unter diesem Blickwinkel verzichtet werden (a.a.O., Seite 63). Für Katzenloch wäre aufgrund der bestehenden Topographie ein weiterer (eigener) Standort notwendig, weshalb eine Versorgung mit Mobilfunkdienstleistungen aus wirtschaftlichen Gründen eher unwahrscheinlich ist (a.a.O., S 62/63).

Für die Siedlungslage Kempfeld befinden sich die beiden untersuchten Bereiche zum einen nordwestlich und zum anderen südöstlich der Ortslage. Der geprüfte nordwestliche Standortbereich (zwischen Bruchweiler und Kempfeld) liegt dabei im Wesentlichen in der Gemarkung Bruchweiler und insofern nicht innerhalb des Geltungsbereiches des durch die Verbandsgemeinde Herrstein aufzustellenden sachlichen Teilflächennutzungsplans. Für Katzenloch wurde ein Standort an der Wasseraufbereitungsanlage der Stadt Idar-Oberstein sowie ein Bereich östlich der Siedlungslage untersucht.

Empfehlungen

Von den geprüften Standorten wird seitens der Gutachter insbesondere ein Standort im Bereich des Wildenburger Kopfes (z.B. bereits genutzter Turm der Wildenburg bzw. benachbarter Stahlgittermast /BOS-Digitalfunk) empfohlen, der auch zu einer großräumigen Versorgung südöstlich in Richtung Idar-Oberstein dienen könnte. Für die Ermöglichung einer durchgängigen Innenraumversorgung mit schnellen Datendiensten (UMTS, LTE) ist

allerdings ein näher gelegener Standort erforderlich. Hierfür wird aus Gründen der Erschließung ein Standort am Wasserhochbehälter der Gemeinde Kempfeld empfohlen (s. Analysekarte). Für den geprüften Standortbereich zwischen Bruchweiler und Kempfeld ist zu beachten, dass die Standorte in diesem Bereich lt. Gutachten wegen der geringen Entfernung zur Wohnbebauung grundsätzlich höhere Immissionen in Wohngebieten verursachen, als die meisten der Standorte aus dem Bereich südöstlich von Kempfeld (a.a.O., S. 62) (Die in dieser Hinsicht günstigeren Standorte liegen zudem in der Gemarkung Bruchweiler). Für Katzenloch wird keine Empfehlung ausgesprochen, da hier aus den o.g. Gründen nicht mit einer Mobilfunkversorgung zu rechnen ist (Mobilfunkstandortkonzept unter dem Aspekt der Strahlungsminimierung für die Gemeinde Kempfeld, S. 63).

2.2 Funktechnisch geeignete Flächen und Standorte für ortsfeste Mobilfunkseanlangen

In der nachfolgenden Übersicht sind die vom EMF-Institut untersuchten und zur funktchnischen Versorgung von Kempfeld und Katzenloch geeigneten Bereiche aufgeführt, die auf Ebene des sachlichen Teilflächennutzungsplan als Positivflächen dargestellt werden:

- **MF 1 (1a+1b):** Bereich südöstlich von Kempfeld, geteilt aufgrund des Wasserschutzgebietes Zone II (mit empfohlenen Standort Wasserhochbehälter, teilweise Eigentum der Ortsgemeinde Kempfeld, funktchnisch in Teilen auch für schnelle Datenübertragungsraten LTE/UMTS gut geeignet)
- **MF 2 und Aussichtsturm Wildenburg** (bestehende bauliche Anlage): Bereich Wildenburger Kopf/Sandkopf (mit empfohlenem Standort Aussichtsturm Wildenburg, topographisch gut geeigneter Höhenrücken für eine großräumige Versorgung auch in Richtung Idar-Oberstein)
- **MF 3:** Bereich südlich von Kempfeld (teilweise mit Flächeneigentum der Ortsgemeinde Kempfeld, funktchnisch auch für schnelle Datenübertragungsraten LTE/UMTS gut geeignet)
- **MF 4:** Bereich nördlich von Katzenloch (funktchnisch auch für schnelle Datenübertragungsraten LTE gut geeignet, teilweise Eigentum der Ortsgemeinde Kempfeld)

3 Umweltbericht gemäß § 2 Abs. 4 i. V. m. § 2a Satz 2 Nr. 2 BauGB und der Anlage zum BauGB

3.1 Einleitung

Ziel des Bebauungsplans ist es, durch geeignete räumliche Zuordnung potenzielle Konflikte zwischen Wohn- und anderen schutzbedürftigen Nutzungen einerseits sowie der Nutzung von gewerblichen Mobilfunksendeanlagen andererseits zu minimieren und zugleich Beeinträchtigungen des Ortsbildes zu begrenzen. Die anstehenden Nutzungsansprüche der Mobilfunkbetreiber sollen im Wesentlichen im Außenbereich befriedigt werden. Hierbei muss sowohl eine ausreichende Versorgungsmöglichkeit für die Nutzer gewährleistet als auch ein wirtschaftlicher Betrieb der Anlagen möglich sein. Dagegen sollen Bereiche, die dem Wohnen oder vorwiegend dem Wohnen dienen, sowie Nutzungen, die mit dem dauernden Aufenthalt (definiert als Aufenthalt für mehr als 4 Stunden am Tag) besonders sensibler Menschen wie z.B. Kindern verbunden sind, von diesen gewerblichen Anlagen, die elektromagnetische Wellen emittieren, frei gehalten werden.

Die gesamte Bauleitplanung (Änderung der rechtskräftigen Bebauungspläne; Aufstellung eines einfachen Bebauungsplanes für den unbeplanten Innenbereich durch die Ortsgemeinde Kempfeld, Aufstellung eines sachlichen Teilflächennutzungsplans durch die Verbandsgemeinde Herrstein) zielt somit auf eine Vermeidung bzw. weitest mögliche Minimierung städtebaulicher Konflikte, indem sie die genannten gewerblichen Sendeanlagen geeigneten Flächen im Außenbereich zuordnet.

Die für die Bauleitplanung bedeutsamen Ziele des Umweltschutzes aus einschlägigen Fachgesetzen und Fachplänen umfassen neben den allgemeinen Anforderungen des BNatSchG, des LNatSchG sowie des § 1 Abs. 6 Nr. 7 und des § 1a BauGB die Ziele der Verordnung des Naturparks Saar-Hunsrück, die abgesehen von den Siedlungslagen die gesamte Gemarkung Kempfeld betrifft. Kernzonen des Naturparks sind in diesem Bereich allerdings nicht ausgewiesen.

3.2 Umweltauswirkungen

Bestand und Prognose

Der Bebauungsplan setzt neben den Bereichen, in denen keine Mobilfunksendeanlagen zulässig sind, keine Bereiche fest, in denen Mobilfunksendeanlagen allgemein zulässig sind. Die Darstellung geeigneter Positivflächen erfolgt auf Ebene der Flächennutzungsplanung. Der Bebauungsplan nimmt folglich lediglich eine generelle Zuweisung dieser Anlagen in den Außenbereich vor. Die planungsrechtliche Zulässigkeit richtet sich in diesen Gebieten insofern weiterhin nach den Bestimmungen der § 35 BauGB. Eine allgemeine Zulässigkeit von Mobilfunksendeanlagen in den angesprochenen Bereichen resultiert aus dem Bebauungsplan nicht und folglich auch keine erleichterte Genehmigungsfähigkeit.

Allerdings folgen aus der Zuordnung von Mobilfunksendeanlagen in den Außenbereich auch umweltbezogene Auswirkungen. So gilt für alle möglichen Standorte gemeinsam, dass durch die notwendige Fundamentierung ein, wenn auch eher punktueller, Eingriff in **Boden** und **Vegetation** verursacht wird. Nennenswerte Auswirkungen auf das **Klima** und den **Wasserhaushalt** sind nicht zu erwarten.

Als maßgebliche Eingriffswirkung sind im Weiteren die Effekte für das **Landschaftsbild** zu bewerten, wobei die Eingriffsintensität für die einzelnen potentiellen Standorte Unterschiede aufweist. Dies begründet sich neben der Lage des geplanten Mobilfunkmastes auch über dessen Höhe. Die Zulässigkeit richtet sich nach den Maßstäben des § 35 BauGB. Zu beachten ist hierbei, dass aus funktechnischen Gesichtspunkten höher gelegene Standorte zu bevorzugen sind, denen in der Regel auch eine stärkere Auswirkung auf das Landschaftsbild zu eignen ist. Die Bewertung der vorgesehenen Flächen findet, wie die Darstellung, auf Ebene der Flächennutzungsplanung statt.

Als positiven Effekt hinsichtlich der Schutzgüter sind die **umweltbezogenen Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit** i. S. d. § 1 Abs. 6 Nr. 7c BauGB zu werten. Diese nehmen eine besondere Stellung ein, da das zentrale Ziel der Bauleitplanung eine Minimierung der diesbezüglichen Konflikte zwischen Mobilfunksendeanlagen und dem Wohnen sowie sensiblen Nutzungen im Siedlungszusammenhang ist. Die diesbezüglichen Auswirkungen des Bebauungsplans beinhalten gegenüber dem bisherigen Zulässigkeitsbedingungen einen deutlich erweiterten Schutz von Wohngebieten und Standorten sensibler Nutzungen vor elektromagnetischen Emissionen durch Mobilfunksendeanlagen, indem im Bereich der genannten Nutzungen derartige Anlagen in der Regel als unzulässig festgesetzt sind, während die möglichen Standorte im Außenbereich ausreichende Abstände zu diesen Nutzungen einhalten.

Erhebliche Wechselwirkungen zwischen den Schutzgütern sind nicht zu erwarten.

Maßnahmen und alternative Planungsmöglichkeiten zur Vermeidung, zur Verringerung und zum Ausgleich nachteiliger Auswirkungen

Wie zuvor dargestellt, erweisen sich potenzielle Beeinträchtigungen des Landschaftsbilds durch die Errichtung von Mobilfunksendeanlagen im Außenbereich als wesentlicher Aspekt der umweltbezogenen Auswirkungen. Eine vollständige Vermeidung dieser Auswirkungen durch den Verzicht auf Zuordnung von Sendeanlagen in den Außenbereich würde zwangsläufig zu Lasten der umweltbezogenen Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit gehen.

3.3 Verfahren und Monitoring

Angesichts der relativ jungen Mobilfunktechnik besteht derzeit weiterhin noch Forschungs- und Erkenntnisbedarf hinsichtlich der gesundheitlichen Auswirkungen von Mobilfunkstrahlung. Zur Sicherung des mit der Bauleitplanung intendierten vorsorgenden Immissionsschutzes i. S. d. § 1 Abs. 5 Satz 1 BauGB erfolgt auf Ebene der gleichzeitigen Aufstellung eines sachlichen Teilflächennutzungsplans die Darstellung von geeigneten Standortflächen außerhalb des Siedlungszusammenhangs.

Auch hinsichtlich der Überwachung der erheblichen Umweltauswirkungen der Durchführung des Bauleitplans auf die Umwelt gilt es, die künftig zu erwartenden, weiter wachsenden Erkenntnisse hinsichtlich gesundheitlicher Auswirkungen von Mobilfunk- und anderer elektromagnetischer Strahlung zu verfolgen und, sofern hieraus ein Planungserfordernis nach § 1 Abs. 3 BauGB resultiert, mit einer Änderung des Bebauungsplans (z. B. durch eine Neuabgrenzung von Zulässigkeits- und Unzulässigkeitsflächen) zu reagieren. Im übrigen verbinden sich mit der möglichen Errichtung von Mobilfunkmasten innerhalb der Zulässigkeitsbereiche keine erheblichen Umweltauswirkungen, die über die nach § 59 LBauO

durch die Bauaufsicht wahrzunehmenden Aufgaben hinaus besondere Überwachungsmaßnahmen erforderlich machen würden.

3.4 Zusammenfassung

Ziel des Bebauungsplans ist es, durch eine geeignete räumliche Zuordnung potenzielle Konflikte zwischen Wohn- und anderen schutzbedürftigen Nutzungen einerseits sowie der Nutzung von gewerblichen Mobilfunksendeanlagen andererseits zu minimieren und zugleich Beeinträchtigungen des Orts- und Landschaftsbildes zu begrenzen. Zentraler Inhalt des Bebauungsplans ist so auf der einen Seite die Festsetzung von Unzulässigkeitsbereichen, in denen Mobilfunksendeanlagen grundsätzlich nicht zu genehmigen sind, und auf der anderen Seite die Zuordnung eben dieser Anlagen in den Außenbereich, bei gleichzeitiger Berücksichtigung einer flächendeckenden Versorgungsfähigkeit. Die Darstellung der im Außenbereich gelegenen, für eine ausreichende flächendeckende Versorgung von Kempfeld und Katzenloch geeigneten Standorte, erfolgt als Positivflächen auf Ebene eines sachlichen Teilflächennutzungsplans.



Im Mittelpunkt der Planung stehen insoweit die umweltbezogenen Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit. Im Vergleich zum bisherigen Status wird ein deutlich erweiterter Schutz von Wohnstandorten und sensiblen Nutzungen vor elektromagnetischen Emissionen durch Mobilfunksendeanlagen erreicht.

Bei der möglichen Errichtung von Mobilfunkanlagen im Außenbereich sind Auswirkungen neben einem punktuellen Eingriff in Boden und Vegetation vorrangig auf das Landschaftsbild anzunehmen, während für die Schutzgüter Fauna, Klima und Wasserhaushalt keine nennenswerten Auswirkungen zu erwarten sind.

Unter Berücksichtigung der positiven umweltbezogenen Auswirkungen auf den Menschen und seine Gesundheit und aller im übrigen in der Abwägung zu berücksichtigenden öffentlichen und privaten Belange werden die oben beschriebenen Eingriffe für vertretbar erachtet.

Kempfeld, den 21.11.2012

Ortsgemeinde Kempfeld


Ortsbürgermeister (DS) 

akp_05.09.2012

hö/wu

4 Anlagen

- Standortgutachten des EMF-Instituts
- Analysekarte